

LINKEZEITEN

Ausgabe # 12: Jan./Feb. 2010 Mitgliederzeitung für **DIE LINKE.**
Kreisverband Köln

Auf ein erfolgreiches 2010!

Von Hans Günter Bell,
Sprecher der LINKEN Köln

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,

auch das nächste Jahr wird wieder durch einen Wahlkampf geprägt werden: Im Mai sind in Nordrhein-Westfalen *Landtagswahlen*, und für DIE LINKE besteht damit die Chance, in einen weiteren Landtag einzuziehen.

Doch um dieses Ziel zu erreichen, stehen wir erst einmal vor der Aufgabe, gemeinsam einen engagierten Wahlkampf zu führen. Nach den Erfahrungen des letzten Jahres, in dem wir als junge Partei in Köln gleich drei Wahlkämpfe führen mussten, bin ich zuversichtlich, dass wir auch diese Herausforderung erfolgreich bewältigen werden.

DIE LINKE Köln ist aus den Anstrengungen des Jahres 2009 gestärkt hervorgegangen: Am Ende des Jahres hat unser Kreisverband etwa 850 Mitglieder und ist damit nochmals kräftig gewachsen. Wir haben neue Arbeitsgruppen gegründet und damit die Möglichkeiten, sich in der LINKEN Köln zu engagieren, nochmals erweitert. Unsere vierköpfige Ratsfraktion, unsere acht Bezirksvertreter/innen, unser sachkundigen Einwohner/innen in den Ausschüssen und unsere Mitglieder in Aufsichtsräten arbeiten sich ein und konnten bereits erste kommunalpolitische Erfolge erzielen.

Nach wie vor gilt: *Die Vielfalt an Meinungen und Handlungsweisen* in unserem Kreisverband ist groß. Dass wir dies als Ausdruck einer gewollten Pluralität begriffen haben, hat es uns ermöglicht, verschiedene Bevölkerungsgruppen anzuspre-

chen, verschiedene Formen des politischen Kampfes anzuwenden und aus dem lebhaften Streit der verschiedenen Auffassungen abgewogene und qualifizierte inhaltliche Positionen zu erarbeiten.

Personell hat sich diese Pluralität in unserer Ratsfraktion ebenso niedergeschlagen wie in der Delegation zum Landesparteitag oder bei den Direktkandidaten/innen für den Bundestag und den Landtag. Im Herbst dieses Jahres werden wir den Kreisvorstand neu wählen, und ich bin zuversichtlich, dass auch dieser dann die verschiedenen

Personengruppen und politischen Auffassungen in unserem Kreisverband widerspiegeln wird.

Das Jahr 2010 wird aber nicht nur aus Wahlkampf und parteiinternen Wahlen bestehen. Es bietet auch eine Herausforderung auf einem anderen Feld: DIE LINKE hat nun endlich begonnen, ein *Grundsatzprogramm* zu erarbeiten. Diese Diskussionen bieten die Chance, die strategische Grundausrichtung unserer Partei zu klären und noch offene programmatische Fragen

Fortsetzung auf Seite 2!

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

hiermit laden wir euch herzlich ein zur einer

Kreismitgliederversammlung

am Dienstag, 02. Februar 2010, 19:00 Uhr,
Albertus-Magnus-Gymnasium, Ottostr. 87, Köln-Neuheitenfeld,
KVB-Haltestelle: „Nußbaumerstraße“, KVB-Linien 5 und 13.

Folgende Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Begrüßung
2. Wahl von Tagespräsidium, Mandatsprüfungs- und Zählkommission
3. Beschlussfassung über Tages-, Geschäfts- und Wahlordnung
4. Wahl der 6 Kölner Bundestagsparteitags- und ihrer Ersatzdelegierten
5. Wahl der 10 Kölner Landesrats- und ihrer Ersatzdelegierten
6. Vorstellung der Wahlkampfstrategie der LINKEN NRW zu den Landtagswahlen 2010 durch:
Wolfgang Zimmermann, Sprecher der LINKEN NRW, Platz 2 der Liste
7. Vorstellung des Wahlkampfkonzeptes der LINKEN Köln durch:
Angelika Link-Wilden, Wahlkampfkoordinatorin und stellv. Sprecherin der LINKEN Köln
8. Anträge

Mit solidarischen Grüßen, für den Kreisvorstand

Hans Günter Bell (Sprecher), Elisabeth Sachse (Sprecherin)

zu entscheiden. Wir wollen uns als Kreisverband an diesem Diskussionsprozess aktiv beteiligen und eigene Beiträge erarbeiten.

Das neue Jahr wird für DIE LINKE also anstrengend und spannend werden, es bietet große Chancen, und ich freue mich, mit euch gemeinsam diese Chancen nutzen zu können.

Euch Allen und euren Familien wünsche ich im neuen Jahr viel Erfolg und dass eure Wünsche in Erfüllung gehen.

Einladung zur

Kommunalpolitischen Arbeitskonferenz

der Kölner LINKEN

Sa., 06.02.2010, 11:00-18:00 Uhr,
Bürgerschaftshaus Bocklemünd,
Görlinger Zentrum 11-15.

In Vorbereitung der Beschlussfassung zur strategischen Stoßrichtung, zur Arbeitsweise und zu den Entscheidungsstrukturen unserer kommunalen Arbeit in den kommenden Jahren auf der Mitgliederversammlung im März lädt der Kreisverband Köln Mitglieder und Interessierte zu dieser Arbeitskonferenz in das Bürgerschaftshaus Bocklemünd.

Ziel der Tagung ist es, die unterschiedlichen Perspektiven auf die kommunale Arbeit von Kreisverband und Ratsfraktion zu diskutieren und in Workshops mit Blick auf das Zusammenwirken mit außerparlamentarischen Bündnispartnern, auf künftige Arbeits- und Entscheidungsstrukturen und auf die Öffentlichkeitsarbeit zu beraten.

Der Tagungsort im sozialen Brennpunkt Görlinger Zentrum ist Teil des Programms, denn auch das Projekt „Benachteiligte Stadtteile“ als Versuch, sich als LINKE vor Ort zu verankern, ist Thema einer Workshops.

Zur weiteren Information verweisen wir auf die Einladungskarte, die dieser Ausgabe der LINKEZEITEN beigelegt ist.

Auswirkungen der Krise

Von Frank Emonds, Direktkandidat der LINKEN Köln für die LTW in Porz, Merheim, Brück, Rath/Heumar

Wieder einmal ist ein Jahr der sozialen Ungerechtigkeit vergangen. Die Auswirkungen werden die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wohl erst so recht nach der kommenden Landtagswahl zu spüren bekommen.

Schon die angedachten Belastungen der Beschäftigten, etwa die Festschreibung der Arbeitgeberanteile in der Gesetzlichen Krankenversicherung, sind da nur die Spitze des Eisbergs, der sich dann nach den Wahlen umso gewaltiger erheben wird.

Kommunen in Not

Das sog. Wirtschaftsbeschleunigungsgesetz, das sich bereits als Umverteilungsbeschleunigungsgesetz entpuppt hat, wird ein Übriges zur Verschärfung der angespannten Lage in den Haushalten der Städte und Kommunen beitragen.

Allein der aktuelle Schuldenberg dürfte sich nach neuesten Schätzungen bis 2013 um 500 Milliarden € erhöhen. Dass dabei wieder nur auf Kosten der unteren Einkommenschichten hantiert wird, versteht sich offenbar von selbst.

Christian Schramm, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, nennt zwei konkrete Beispiele: „In Essen haben wir die Schließung von Grundschulen, in Remscheid wird die Straßenbeleuchtung nachts stark reduziert.“

Dass dies erst der Anfang von schmerzhaften Einschnitten in die bestehenden Dienste der öffentlichen Leistungsträger sein wird, ist jetzt schon klar. So wird bereits deutlich, dass der gesetzlich verankerte Anspruch auf Kitaplätze ab 2013 nicht mehr einlösbar ist.

Abhilfe durch die Länder ist nicht zu erwarten, denn durch die im Grundgesetz festgeschriebene Schuldenbremse ist keine Besserung in Sicht. Aber das ist nur eine Seite des Problems.

Arbeitsmarkt in Not

Aktuell hatten wir im Dezember einen Anstieg der Arbeitslosigkeit von über 60.000 Kolleginnen und Kollegen zu beklagen. Die dadurch anstehenden Ausfälle der sozialpflichtigen Versicherungsbeiträge werden die Abwärtsspirale nur noch verschärfter in Gang setzten. Und im angelaufenen Jahr wird die Arbeitslosigkeit auf bis zu 5 Millionen Menschen ohne Erwerb steigen.

Nach Angaben des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes belasten zusätzlich 7,4 Millionen Hartz-IV-Empfänger und Aufstocker durch unterbezahlte Jobs in Lohndumping oder Leiharbeit die Sozialkassen.

Umverteilung jetzt!

So kann es nur eine Wende geben: eine massive Umverteilung von oben nach unten. Die gewaltigen Reichtümer, die 1,5 Millionen Millionäre und ca. 100 Milliardäre allein in Deutschland auf Schweizer Banken, in Aktien, Immobilien oder sonstigen Anlageformen angehäuft haben, müssen wieder zurück zur Ankurbelung von Investitionen in den öffentlichen Raum gelangen.

Hierfür wären eine Reform der Erbschaftsteuer, eine Einführung einer Börsenumsatzsteuer und eine Vermögenssteuer geeignete Mittel. Trotz dieser düsteren Aussichten werden wir LINKEN nicht im Kampf um soziale Gerechtigkeit mit allen Gleichgesinnten gesellschaftlichen Kräften nachlassen und uns weiter streitbar einmischen.

Impressum der LINKEZEITEN

Hg.: DIE LINKE Köln.

Redaktion: Dieter Koberg, Wolfgang Lindweiler, Alexander Recht, Sengül Senol.

Layout: Alexander Recht.

V. i. S. d. P.: Hans Günter Bell, c/o DIE LINKE Köln, Metzger Straße 24, 50677 Köln.



WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE KRISE! FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT!

Das Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“ hat auf einem Treffen im November 2009 verabredet, die Proteste gegen die Politik der herrschenden Krisenbearbeitung in 2010 fortzusetzen.

Nachdem viele Mitglieder unseres Kreisverbandes im März zur Demonstration nach Frankfurt gefahren sind und wir uns im September an dem dezentralen Aktionstag mit Protesten in Köln beteiligt haben, wollen wir uns auch in 2010 wieder beteiligen.

Hierzu liegt folgender Antrag an die Mitgliederversammlung der LINKEN Köln am 02.02.2010 vor:

Antragsteller/innen: Hans Günter Bell, Özlem Demirel, Thies Gleiss, Claudia Trappe-Nolden

DIE LINKE Köln unterstützt weiterhin das Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“

DIE LINKE Köln begrüßt die Planungen des Bündnisses für 2010 und wird sich aktiv für deren erfolgreiche Umsetzung einsetzen.

Wir setzen unsere Mitarbeit im lokalen Kölner Bündnis fort.

Wir mobilisieren für die Demonstrationen am 20.03.2010, die auch in einer nordrhein-westfälischen Stadt stattfinden sollen.

Wir mobilisieren für die bundesweiten Demonstrationen am 12.06.2010, die parallel in mehreren Städten stattfinden sollen.

Zur Begründung verweisen wir auf den Aufruf zu den Demos am 28.03.2009.

Demoaufruf vom 28.03.2009:

Wir zahlen nicht für eure Krise!

Der Kapitalismus steckt in seiner schlimmsten Krise seit 1929. Sie hat verschiedene Gesichter: die Beschleunigung des Klimawandels, Kriege um den Zugang zu Rohstoffen, Hungerrevolten, Finanzmarkt-Crash und Rezession.

Ausgehend von den Industrieländern wird auch der globale Süden hart getroffen, weil noch weniger Mittel für Klimaschutz und Entwicklung bleiben und weil die globale Konkurrenz um Märkte und Profit noch brutaler zu werden droht. Millionen Menschen verlieren ihre Arbeit, ihre Wohnungen und ihre Lebensperspektiven.

Zeit für Systemwechsel: für eine solidarische Gesellschaft

Die Entfesselung des Kapitals und der erpresserische Druck der Finanzmärkte haben sich als zerstörerisch erwiesen. Ein anderes Weltwirtschaftssystem ist nötig. Eines, das Mensch und Natur dient; das auf den Prinzipien globaler Solidarität, ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer Kontrolle aufbaut.

Dazu gehört, dass Bildung, Gesundheit, Alterssicherung, Kultur und Mobilität, Energie, Wasser und Infrastruktur nicht als Waren behandelt werden, sondern als gesellschaftliche Leistungen, die allen Menschen zur Verfügung stehen müssen.

Die Reichen und Profiteure sollen zahlen

Wir wollen, dass die Verursacher der Krise zur Kasse gebeten werden. Das globale private Geldvermögen

hat im Jahr 2007 die Summe von 105 Billionen Dollar erreicht und ist in acht Jahren um 50% angestiegen. Das ist das Ergebnis einer massiven Umverteilung von unten nach oben, von Süd nach Nord, von den BezieherInnen von Lohn- (Ersatz-)einkommen zu den Kapital- und Vermögensbesitzern. Den Banken und Fonds war kaum ein Risiko zu groß im Kampf um die höchsten Renditen. Etwa ein Tausendstel der Weltbevölkerung hat davon besonders profitiert. Die Milliarden, die jetzt zur Sanierung des Finanzsektors ausgegeben werden, dürfen nicht auf Kosten der großen Mehrheit gehen.

Wir werden nicht hinnehmen, dass Beschäftigte, Erwerbslose, RentnerInnen, SchülerInnen oder Studierende die Zeche zahlen! Genauso wenig darf die Krise auf die Länder des Südens oder die Umwelt abgewälzt werden. [...]

Menschen vor Profite

Wir demonstrieren für Sofortmaßnahmen, die den Opfern der Krise helfen, aber gleichzeitig den ökologischen und demokratischen Umbau der Wirtschaft vorantreiben – als Schritte auf dem Weg in eine solidarische Gesellschaft:

- Für umfangreiche Investitionsprogramme in Bildung, Umwelt- und Klimaschutz, öffentliche Infrastruktur und Gesundheit.
- Für einen sozialen Schutzschirm für Beschäftigte, Erwerbslose und RentnerInnen: armutsfester gesetzlicher Mindestlohn. Weg mit Hartz IV und Agenda 2010, für sofortige Erhöhung des Eckregelsatzes – existenzsichernd und ohne Sanktionen gegen Erwerbslose. Weg mit der Rente mit 67, für armutsfeste

Fortsetzung auf Seite 4!

Renten ohne Lebensarbeitszeitverlängerung. Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverzicht statt Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit. Die notwendige Konversion z.B. der Automobilindustrie darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten stattfinden.

– Dafür, dass die Profiteure die Kosten der Krise bezahlen: Mit einer Sonderabgabe auf große Vermögen und einer Millionärssteuer. Der Bankenrettungsfonds muss von den Banken finanziert werden. Eine "Bad Bank", die lediglich die Verluste sozialisiert, darf es nicht geben.

– Für die demokratische Ausrichtung von Wirtschaft und Banken. Der private Bankensektor muss gesellschaftlich kontrolliert und am öffentlichen Interesse orientiert werden. Die Steueroasen sind endlich zu schließen; Banken, die dort arbeiten, müssen bestraft werden. Das weltweite Finanzsystem muss reguliert und demokratisch kontrolliert werden. Hedgefonds und andere spekulative „Instrumente“ sind zu verbieten. Betriebe, die öffentliche Finanzhilfe bekommen, dürfen nicht entlassen. Die Beschäftigten brauchen Veto-Rechte bei grundlegenden wirtschaftlichen Entscheidungen. Das politische Streikrecht muss für alle gelten.

– Die Krise darf nicht auf die Menschen des globalen Südens und die Natur abgewälzt werden. Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe und den weiteren Raubbau sind überfällig und müssen schnell umgesetzt werden. Geld zur Bekämpfung der Armut und für die solidarische Entwicklung der Welt muss zur Verfügung gestellt werden. Die Liberalisierung von Finanzmärkten und Handel ist zu stoppen und zurückzunehmen.

AG „Betrieb & Gewerkschaft“: gleich nach der Gründung aktiv

Von Wolfgang Lindweiler, AG „Betrieb und Gewerkschaft“

Mitglieder der Kölner AG „Betrieb & Gewerkschaft“ wurden unmittelbar nach der Gründung der AG im Dezember aktiv.

Mit einer Solidaritätsadresse unterstützten sie die Kolleginnen und Kollegen von Bauer Druck Köln bei der Abfahrt zur Demonstration gegen die drohende Werksschließung vor der Konzernzentrale in Hamburg.

Solche Aktionen, aber auch das Einbringen gewerkschaftlicher Perspektiven und Positionen in die Arbeit des Kreisverbandes sind die Schwerpunkte der weiteren Arbeit der AG.

Nachfolgend sind Worte aus der Solidaritätsadresse dokumentiert:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen von Bauer Druck,

wir wünschen euch viel Erfolg bei eurem Kampf für den Erhalt Eurer Arbeitsplätze und einen anständigen Sozialtarifvertrag und erklären uns solidarisch mit Euch und Euren Familien.

Es ist schon zynisch, was der Verleger Heinz Bauer mit euch treibt: Nicht nur, dass er einer der Antreiber der aktuellen Situation in eurer Branche ist und selbst an der Spirale mitgedreht hat, die dazu führte, dass es nun eine Überkapazität für den Bereich Tiefdruck gibt, womit Herr Bauer ja begründet, dass ihr nun entlassen werden sollt.

Er zockt auch noch EU-Gelder ab, während er gut bezahlte Jobs in der einen Region der EU abbaut, um schlecht bezahlte Jobs in einer anderen Region der EU aufzubauen.

Hier ist auch die Politik gefragt, die solche Schamlosigkeit unterbinden muss. Ver.di ist hier aktiv, und auch wir als LINKE wollen uns einbringen, damit solche Krebsgeschwüre des Kapitalismus nicht weiter wuchern.“



Ben Frank aktiv bei der Bauer-Aktion

Hinweis zur SL-Beilage

Von Alexander Recht, Wolfgang Lindweiler, Gisela Stahlhofen, KoordinatorInnen der SL Köln

Diesen LINKEZEITEN ist eine Selbstdarstellung der Sozialistischen Linken (SL) beigeheftet.

Die SL ist eine gewerkschaftlich orientierte innerparteiliche Strömung, die an linkssozialdemokratische und reformkommunistische Traditionen anknüpft.

Als von der Bundespartei formal anerkannter innerparteilicher Zusammenschluss leistet die SL laut § 7 der Bundessatzung einen „politischen und organisatorischen Beitrag (...) zur Politik (...) und zur Weiterentwicklung von Mitglieder-, Organisations- und Kommunikationsstrukturen der Partei“.

Wir sind entsprechend unseren Schwerpunktthemen „aktiv in die Arbeit von Parteivorstand, Kommissionen und Arbeitsgremien aller Ebenen einzubeziehen“.

So wie zuvor auch schon die informelle Kölner Strömung UKL veröffentlichen wir als SL unsere Grundorientierungen als Beilage zu den LINKEZEITEN.

Wir tun dies auf eigene Kosten.
<http://sozialistische-linke.de>

Link

Mehr Infos zu den stattfindenden Demonstrationen, Aktionen sowie zu den beteiligten Bündnispartnern finden sich unter:

<http://www.kapitalismuskrise.org/>

Erste Rede im Bundestag

Von Matthias W. Birkwald, MdB aus Köln

Sehr geehrter Herr Präsident!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Viele Schülerinnen und Schüler jobben in den Schulferien, um sich etwas zu erarbeiten, zum Beispiel einen PC, Reitunterricht oder ein Mofa. Ich kann mich noch gut an meine Ferienjobs als Bahnpostfahrer oder am Fließband in der Hundekuchenproduktion erinnern. Nach einigen Wochen den selbstverdienten Lohn in den Händen zu halten, das war sehr befriedigend.

Für Jugendliche aus Hartz-IV-Familien gilt das nicht. Sie können sich so viel anstrengen, wie sie wollen. Weil sie in sogenannten Bedarfsgemeinschaften leben, werden ihre Einkommen bis auf einen kleinen Betrag angerechnet. Das heißt, der Familie des Ferienjobbers oder der Ferienjobberin wird das Sozialgeld gekürzt, weil die Tochter oder der Sohn in den Ferien etwas geleistet hat.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nicht nur leistungsfeindlich. Es ist auch ungerecht, und vor allem demütigt es die betroffenen Jugendlichen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Ferienjob wird für die Schülerinnen und Schüler aus armen Familien fast zu einem Nullsummenspiel. Die Anrechnung der Ferienjobs diskriminiert Jugendliche aus Arbeitslosengeld-II-Haushalten, und sie demotiviert die Betroffenen. Durch die Kürzung wird ihnen der Eindruck vermittelt, dass sich ihre Leistung nicht lohnt. Das Gegenteil ist doch richtig: Die Eigeninitiative junger Schülerinnen und Schüler muss honoriert und darf nicht bestraft werden.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Einverstanden!)

Während andere über ihre Einkünfte aus Ferienjobs beliebig verfügen können, bleibt den Schü-

lerinnen und Schülern aus SGB-II-Haushalten fast nichts übrig. Dabei sind diejenigen, die von ihren Eltern wenig bekommen können, weil sie selbst nichts haben, ganz besonders auf das Geld aus dem Ferienjob angewiesen. Nein, diese zusätzliche Benachteiligung ist entwürdigend, und sie muss dringend korrigiert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, die Linksfraktion rechnet dabei mit Ihrer Unterstützung. Schließlich hatten Vertreter fast aller Fraktionen im Fernsehen erklärt, dass dieser Unsinn geändert werden muss. In der Sendung „Hart aber fair“ vom 26. August dieses Jahres, also mitten im Wahlkampf, wurde der Fall der 15-jährigen Laura geschildert. Sie hatte sich in den Ferien einen elektronischen Bass erarbeitet, und ihrer Mutter wurde daraufhin das Sozialgeld gekürzt.

Dazu sagte der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag in der ARD – ich zitiere –: „Wir müssen uns das noch mal sehr genau anschauen. Ich will, dass ein solcher Fall nicht bestehen bleibt“. Volker Kauder versprach – Zitat –: „Ich sage Ihnen: Dieser Fall wird geregelt werden. Der wird so nicht mehr vorkommen können.“ Zitat Ende.

Klaus Wowereit, heute stellvertretender SPD-Vorsitzender, versprach – Zitat –: „Da muss eine Korrektur her. ... Da gibt es eine Gerechtigkeitslücke, die geschlossen werden muss.“ Zitat Ende.

Für die Grünen forderte Fritz Kuhn in der Sendung – Zitat –: „Ferienarbeit muss ein zweckbestimmtes Einkommen sein. Sie darf nicht angerechnet werden.“

So weit, so gut.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Hat die FDP denn gar nichts dazu gesagt?)

Am 8. September dieses Jahres wurde hier im Plenum über den Antrag der LINKEN dazu abge-

Link

Rede zum Anschauen unter:

<http://webtv.bundestag.de/iptv/player/macros/bttv/list.html?pageOffset=0&pageLength=20&lastName=Birkwald&firstName=Matthias+W.&sort=1>

stimmt. Was geschah? Die Grünen stimmten mit Ja, die FDP enthielt sich, aber SPD und Union lehnten unseren Antrag ab.

(Sevim Dagdelen [DIE LINKE]: Pfui!)

Versprochen – gebrochen.

Meine Damen und Herren, auch wir LINKEN kennen die Geschichte von Saulus, der zum Paulus wurde, sehr gut.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Oh! Die steht aber doch gar nicht im Kommunistischen Manifest!)

Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass die Söhne und Töchter von Erwerbslosen bei der Ferienarbeit genauso behandelt werden wie die Kinder von Normalverdienenden oder Wohlhabenden. Von der Anrechnungsfreiheit der Ferienjobs ginge die Bundesrepublik Deutschland nicht unter und auch nicht pleite. Stehen Sie zu Ihrem Wort.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Lieber Kollege Birkwald, das war Ihre erste Rede im Deutschen Bundestag, zu der ich Ihnen herzlich gratulieren möchte.

(Beifall)

Wäre diese Debatte live im Fernsehen übertragen worden, was, wie Sie wissen, nur noch selten vorkommt,

(Heiterkeit)

hätte sie außer der Aufmerksamkeit im Plenum bei überschaubarer Besetzung der Tribünen sicher eine beachtliche zusätzliche Aufmerksamkeit gefunden, die nun über das pünktlich fertiggestellte Protokoll des Deutschen Bundestages hoffentlich hergestellt wird.

Der politische Erfolg muss organisiert werden

Von Torsten Löser, OV Ehrenfeld und AK „Wirtschaft und Finanzen“

Das Jahr 2009 brachte für DIE LINKE in Köln sehr unterschiedliche Wahlergebnisse.

Zur Bundestagswahl gaben 44.508 Kölner_innen der LINKEN ihre Zweitstimme. Das waren 14.403 Bürger_innen mehr als 2005. Damit erreichte DIE LINKE in Köln 9% der Zweitstimmen und damit genau das Ergebnis, das sie sich zur Kommunalwahl vorgenommen hatte.

Ernüchternd aus Sicht unseres Kreisverbandes fielen die Wahlergebnisse zur Europawahl und zur Kommunalwahl aus. Hier gaben uns nur 16.118 (Europawahl) bzw. 17.960 (Kommunalwahl) Kölner_innen ihre Stimme. Insbesondere zur Kommunalwahl hatten wir uns ein deutlich besseres Ergebnis erhofft. Das selbst gesteckte Wahlziel wurde deutlich verfehlt. Zwar zog DIE LINKE gestärkt und mit vier Mitgliedern in den Rat ein, aber mit diesem Ergebnis lagen wir noch hinter „Pro Köln“, was uns alle besonders schmerzte.

Zur Wahlstrategie

Aus meiner Sicht war unsere Wahlstrategie nicht klar. Wähler_innen wussten nicht, wofür wir im Rat wirklich stehen. Unterstützen wir offensiv ein rot-grünes Bündnis unter dem Oberbürgermeister Roters, oder machen wir Opposition. Das Wahlprogramm ließ ausdrücklich offen, ob wir uns die Fortsetzung einer Politik der wechselnden Mehrheiten vorstellen könnten.

„Die Erfolge der Partei DIE LINKE haben dazu geführt, dass das Thema soziale Gerechtigkeit bei den etablierten Parteien überhaupt erst wieder diskutiert wird und überall ein Thema ist. Dort, wo die neoliberale Parteienallianz aus CDU, SPD, Grünen und FDP jedoch noch stark genug ist, wird die wirtschaftshörige Politik fortgesetzt.“

Um wirklich eine Politik im Interesse der Menschen machen zu können, muss eine starke Partei DIE LINKE in die Parlamente einziehen. Bei der

Kommunalwahl 2009 bietet sich hierfür eine einmalige Chance, die Vorherrschaft der schwarz-gelben Koalition endgültig zu überwinden und Städten und Gemeinden eine soziale Prägung zu geben.“

Zu den Schwerpunkten

Aus meiner Sicht ist es uns auch nicht gelungen, unsere zentralen Botschaften (11 Gebote) zu Themen im Wahlkampf zu machen. Zwar gab es eine Reihe von sehr guten thematischen Flyern, aber eine zentrale Leitidee im Wahlkampf hat uns gefehlt.

So gab es sehr unterschiedliche Aktionen, etwa zu den Themen „Bildung“ und „Transparenz“. Ich denke, wir haben uns dadurch verzettelt und unsere geringen personellen Ressourcen (was für ein schreckliches Wort ...) verschlissen. Hinzu kam, dass es immer wieder vorkam, dass einzelne Kandidat_innen ihre ganz eigenen Wege gingen und dass dies auch noch vom Kreisvorstand politisch toleriert und finanziell unterstützt wurde.

Zur OB-Frage

Nach wie vor bin ich der Auffassung, dass unser Wahlergebnis nur marginal von der Frage beeinflusst wurde, dass wir keine eigene Oberbürgermeisterkandidatin / keinen eigenen Oberbürgermeisterkandidaten aufgestellt haben. Es gab eine ungeheure Wechselstimmung in Köln. Die CDU hatte nach dem Einsturz des Stadtarchivs abgewirtschaftet, und die Mehrheit in der Stadt wollte einen Wechsel an der Stadtspitze.

Ob der Kandidat von SPD und Bündnisgrünen diesen wirklich überzeugend repräsentiert, wird von uns mit Recht bezweifelt, aber wir wären schlicht untergegangen in einer solchen Atmosphäre.

Zur Mobilisierung

Es ist uns nicht gelungen, unsere Wähler_innen für die Kommunalwahl zu mobilisieren. Die Zahlen

sprechen eine deutliche Sprache. Unsere kommunalpolitische Kompetenz hat offenbar potenzielle Wähler_innen der LINKEN nicht überzeugt, und hinzu kommt: Viele wählten SPD und Bündnisgrüne, um sicher zu gehen, dass es eine klare Mehrheit gegen Schwarz-Gelb gibt.

Ein ähnliches Mobilisierungsproblem hatten wir auch zur Europawahl. Viele potenzielle Wähler_innen der LINKEN fragten, warum sie uns wählen sollten, wo wir doch dieses Europa nicht wollen. Aus meiner Sicht ist es uns nur unzureichend gelungen, deutlich zu machen, dass die Veränderung Europas zu einer sozialen, ökologischen und demokratischen Vereinigung nur gelingen kann, wenn es eine starke linke Vertretung im europäischen Parlament gibt. Die dumpfe Polemik gegen Europa von rechts kam da in vielen Ländern deutlich besser an.

Doch was kann und sollte in unserem Kreisverband nun besser und anders gemacht werden? Ich verstehe meine Anregung als eine Position unter vielen und hoffe, dass wir in den Diskussionen, die nun im Kreisverband anstehen, einen offenen und fairen Diskurs führen.

1. DIE LINKE braucht den politischen Diskurs

Es ist an der Zeit, die Programmdenbatte ernsthaft zu beginnen und zu führen. Unsere Partei ist nun schon fast fünf Jahre alt und verfügt noch immer über kein Parteiprogramm, das erstmals die Chance hätte, dass Linke aus Ost und West auf der Grundlage ihrer verschiedenen Erfahrungen in der Vergangenheit, ihrer politischen Verankerung in der Gegenwart und ihres Willens, eine gemeinsame politische Zukunft zu gestalten, aus linker Sicht Antworten auf die sozialen, ökologischen und demokratischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts geben.

Dabei muss Pluralität in den politischen Ansichten Markenzeichen unserer Partei sein. Pluralität ist keine Schwäche linker Politik, sondern bietet große Chancen, gemeinsam zu neuen Einsichten zu gelangen.

2. DIE LINKE ist aktiv und engagiert

Die Wahlergebnisse haben gezeigt, dass wir nur dann erfolgreich sind, wenn es uns gelingt, unsere Mitglieder und Wähler_innen zu motivieren, sich in den Wahlkampf einzubringen. Was für die Wahlkämpfe gilt, muss erst recht für den politischen Alltag gelten. Wir sind der mitgliederstärkste Kreisverband der LINKEN in Westdeutschland, doch im Alltag ist davon kaum etwas zu spüren.

Es sind wenige und oft die gleichen, die sich engagieren. Wir brauchen vor allem Ideen und Aktionen, wie wir mehr Mitglieder in die Arbeit einbeziehen. Das heißt für mich vor allem, unsere eigene Arbeit und vor allem unsere Arbeitsstrukturen in Frage zu stellen.

Mitgliederbindung und Mitgliederaktivierung sind aus meiner Sicht eine der größten Herausforderungen für die Arbeit der LINKEN in Köln in den nächsten Jahren.

3. DIE LINKE wächst von unten

Wir müssen die Ortsverbände stärken. Aus meiner Sicht ist die gesamte politische Arbeit im Kreisverband zu sehr zentral strukturiert und organisiert. Das ist ausdrücklich kein Vorwurf an die Genoss_innen, die sich im Kreisvorstand und auch im Kreisbüro ehrenamtlich engagieren.

Ich würde mir wünschen, dass die Ortsverbände früher und kontinuierlicher in die Debatte um die Entwicklung neuer Projekte, um die Erarbeitung von Arbeitsschwerpunkten und die Entwicklung politischer Kampagnen einbezogen werden. Gerade in den Wahlkämpfen entstand ab und an der Eindruck, dass die Ortsverbände eher ausführendes Organ als gleichberechtigte Mitstreiter sind. Der Kreisvorstand sollte regelmäßiger den Dialog mit

den Ortsvorständen suchen. Natürlich gehört dazu auch ein aktiverer Erfahrungsaustausch zwischen den Ortsverbänden, um nicht überall das Rad neu erfinden zu müssen.

4. Kompetenz ist die Fertigkeit, zu etwas fähig zu sein

Wie oben gezeigt, bin ich der Auffassung, dass viele Wähler_innen in Köln offenbar nicht der Meinung waren, dass es DIE LINKE im Stadtrat als starke politische Kraft braucht. Offenbar wurde uns keine genügende kommunalpolitische Kompetenz zugewiesen.

Trotzdem haben sich unsere Arbeitsbedingungen sogar verbessert. In vielen Ausschüssen sind wir nun sogar mit zwei Genoss_innen vertreten. Damit können wir uns Aufgaben teilen, Schwerpunkte entwickeln und unsere Kompetenzen zu vielen kommunalen Fragen weiterentwickeln. Doch Kompetenz entsteht nicht von selbst.

Wir müssen die Bildungsarbeit im Kreisverband verstärken. Hier würde ich mir ein gemeinsames Arbeitsprogramm von Vorstand und Fraktion wünschen.

Es sollte an zentraler Stelle im Kreisvorstand auch eine Verantwortlichkeit für Kommunalpolitik und auch für politische Bildung angesiedelt werden.

Zudem halte ich es für nicht nachvollziehbar, dass der Kreisvorstand nicht regelmäßig über die Arbeit der Fraktion berät. Zur besseren Koordinierung sollte es auch regelmäßige Beratungen der Sprecher_innen der Arbeitsgruppen geben.

Die Fraktion hat in den letzten Jahren Strukturen geschaffen, die es vielen ermöglichen, sich in den Meinungsbildungsprozess von Beginn an einzubringen und auch mitzuentcheiden. Der Mittwochskreis hat sich damit wirklich zu einem Gremium entwickelt, wo Entscheidungen von unten wachsen.

Ich bin aber der Meinung, dass wir Diskussionen und Entscheidungen besser in den Arbeitsgruppen vorbereiten müssen.

Ich würde mir wünschen, dass wir ein oder zweimal im Jahr ein großes kommunalpolitisches Plenum zu einem bestimmten Thema durchführen und dort Debatten auch zu inhaltlichen Ergebnissen führen.

5. Wie machen wir unsere Arbeit öffentlich?

Was nützt die beste Arbeit, wenn niemand von ihr erfährt. Zunächst ist das Aufgabe von uns allen, über uns und unsere Arbeit zu reden und unsere Positionen einzubringen.

Der Internetauftritt des Kreisverbandes hat sich in der letzten Zeit stark verbessert. Wir müssen hier aber mehr Menschen befähigen, für ihre Ortsverbände und Arbeitsgruppen das Internet aktuell zu betreiben.

Wichtig scheint mir, Aufgaben und Funktion der LINKEZEITEN zu diskutieren. Soll sie eher nach innen oder nach außen wirken? Wir sollten nicht vergessen, dass es ja auch noch den „Platzjabbek“ gibt. Für mich sind die LINKEZEITEN als Diskussionspodium für linke Politik über den kommunalpolitischen Tellerrand hinaus wichtig.

Aus meiner Sicht ist es an der Zeit, dass es im Kreisvorstand einen zentralen Verantwortlichen für die Öffentlichkeitsarbeit gibt, der die Öffentlichkeitsarbeit, einschließlich der Veranstaltungsplanung, koordiniert.

6. Erfolg kann organisiert werden

Ich stelle mir zunehmend die Frage, warum unser Kreisverband noch immer keine Geschäftsführerin / keinen Geschäftsführer hat, die / der die Koordination der politischen Arbeit im Kreisverband verantwortet und die Sprecher_innen und das Büroteam unterstützt.

Dabei ist das für mich zunächst erstmal keine Frage, ob diese / dieser hauptamtlich arbeitet oder nicht.

Die Krise in der Krise

Von Dirk Hansen

Die Wirtschaftskrise wird auch die Ausbildungssituation, insbesondere in den bisherigen Kernbranchen der Exportindustrie, weiter verschlechtern – das Nachsehen haben Haupt- und RealschülerInnen. Auch Dank der schwarz-gelben Bildungspolitik.

Ausbildungsplatzmisere

Nach Angaben des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) sank die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze in NRW von rd. 135.300 im Jahr 2008 auf rd. 123.800 in 2009. Für durchschnittlich 100 BewerberInnen stehen nur 85 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Auch eine „Alternative“ zur Berufsausbildung, z.B. ein weiterer Schulbesuch oder eine „Berufsvorbereitungsmaßnahme“, garantieren keinen Ausbildungsplatz.

So erhalten nach Angaben des BIBB auch drei Jahre nach dem Verlassen einer allgemeinbildenden Schule 20-30% der TeilnehmerInnen an einer Bildungsmaßnahme keinen Ausbildungsplatz. Für diese Jugendlichen wird die „Warteschleife“ zur Sackgasse. Hiervon sind besonders junge Menschen mit Hauptschul- und Realschulabschluss betroffen. Diese Schulabschlüsse bilden längst keine Garantie mehr für einen Ausbildungsplatz.

Diese Misere ist durch die schwarz-gelbe Bildungspolitik maßgeblich forciert worden. Zu nennen sind hier insbesondere zwei Faktoren: die gegenwärtige Ausgestaltung des Schulsystems und die Erhebung von Studiengebühren.

Ungerechte Mehrgliedrigkeit im Schulsystem

Seit langem ist bekannt, dass möglichst langes gemeinschaftliches Lernen alle fördert und Leistungsschwächen vorbeugt. Dennoch hält die Landesregierung am ungerechten mehrgliedrigen Schulsystem fest.

Auszubaden haben dies vor allem Haupt- und FörderschülerInnen. Ihnen werden Chancen genommen, ihre Kenntnisse durch Schulbildung zu verbessern. Denn je länger sie diese Schulformen besuchen, desto schwächer entwickeln sich ihre Leistungen. Für die Förderschulen wurde dies zuletzt im November 2009 nachgewiesen.

Zu wenig Raum für eigenständiges Lernen

Auch die allgemein beklagte Ausbildungsunreife vieler SchulabgängerInnen ist hausgemacht. Eine Unterrichtsorganisation, die zu wenig Räume für eigenständiges Lernen gewährt und den Schüle-

rlInnen zu wenig Mitspracherechte gibt, kann auch keine selbstständigen, kommunikationsstarken und einsatzbereiten jungen Menschen ausbilden.

Statt weiter an der sozialen Selektivität des gegenwärtigen Schulsystems festzuhalten, muss „Eine Schule für alle“ eingeführt werden, die jedem Kind Raum für persönliche Entwicklung und Entfaltung gewährleistet. „Abgehängte“ SchülerInnen darf es nicht geben!

Fatale Studiengebühren

Eine weitere Belastung für die Ausbildungssituation sind Studiengebühren: Die Erhebung von Studiengebühren schreckt insbesondere Menschen aus Nichtakademikerfamilien von einem Studium ab; allein 2006 betraf dies 18.000 AbiturientInnen. Zu groß ist die Angst vor Verschuldung.

Stattdessen weichen sie auf eine Berufsausbildung aus – RealschülerInnen und damit auch HauptschülerInnen haben so das Nachsehen. Die Umsetzung der bildungspolitischen Ziele der LINKEN – die Abschaffung der Studiengebühren – wird also auch hier nicht nur die soziale Gerechtigkeit stärken, sondern auch die Situation auf dem Ausbildungsmarkt verbessern.

LINKE AnsprechpartnerInnen

Der LINKE OV Schäl Sick

Heiner Kockerbeck, Tel.: 0221 23 74 22.

Der LINKE OV Ehrenfeld

Michael Giese, Tel.: 0221 933 50 74.

Der LINKE OV Innenstadt/Rodenkirchen

Astrid Kraus, Tel.: 0151 149 415 73.

Der LINKE OV Nord

Andree Willige, Tel.: 0172 262 34 91.

Der LINKE OV Lindenthal

Jürgen Seitz, Tel.: 0221 31 87 21.

Der LINKE OV Porz

Peter Rohleder, E-Mail: peter.rohleder@netcologne.de.

Die LINKE Frauengruppe LISA

Elke Hoheisel-Adejolu, Tel.: 0177 524 36 04.

Die Hochschulgruppe DIE LINKE. SDS

Jenny Morín Nenoff, E-Mail: jenmornen@gmail.com.